

Die Aufregung um Hartz IV: ein Lehrstück über die Produktivkraft demokratischer Kritik Armut – kein Skandal

Ende Juni ist es soweit: „Die größte Arbeitsmarktreform in der Geschichte der BRD“, die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum neuen Arbeitslosengeld II, das „Großprojekt Hartz IV“ hat – wie es sich in solchen Fragen gehört: nach langen und zähen Verhandlungen – den Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat passiert. Regierung und Opposition haben in einem Gemeinschaftsakt der Nation endlich den Ruck auf dem Arbeitslosenmarkt beschert, nach dem alle maßgeblichen Instanzen seit Jahr und Tag seufzen.

Bis zur endgültigen Verabschiedung des Reformwerks war denn auch die gesamte bundesrepublikanische Öffentlichkeit vor allem mit der Verbreitung sorgenvoller Zweifel beschäftigt, ob der Regierung der Kompromiss im Vermittlungsausschuss noch gelingen kann, ob die Zeit noch reichen wird, um das Gesetzgebungsverfahren vor der Sommerpause abzuschließen, damit dann die Angelegenheit auch wirklich zum Januar 2005 in Kraft treten kann, ob die Aufteilung der Verantwortung für die Umsetzung des Gesetzes zwischen Bundesanstalt für Arbeit und Kommunen einvernehmlich geregelt wird, damit zum Jahresbeginn 2005 die Organisation für die Umsetzung der neuen Regelungen überall steht. Vom *Inhalt* des Gesetzesvorhabens war also nicht groß die Rede bei all den schweren Sorgen, die man sich um dessen erfolgreichen Abschluss und seine technische Umsetzung machen musste. Dass der Inhalt von Hartz IV – die zielstrebige umfassende Verschlechterung der Lebensverhältnisse von Langzeitarbeitslosen – angesichts unaufhaltsam zunehmender Massenarbeitslosigkeit das ökonomisch einzig Sinnvolle ist und deshalb in Ordnung geht, *das* stand nie in Frage: Das ist ganz einfach unterstellt, wenn die gesamte „4. Gewalt“ tagaus tagein in flammenden Leitartikeln an die nationale Verantwortung von Regierung und Opposition appelliert und sie auffordert, über ihren parteipolitischen Schatten zu springen und den Standort Deutschland endlich mit einem „großen gesetzgeberischen Wurf“ von seinen unerträglichen Verkrustungen und den längst unbezahlbaren Sozialleistungen zu befreien. Doch kaum ist dieser große Wurf gelungen, will einfach keine Zufriedenheit aufkommen im Lande; „Hartz IV“ droht zum Unwort des Jahres 2004 zu werden. Die versammelte bundesdeutsche Öffentlichkeit tut plötzlich so, als würde sie erst jetzt erschreckt registrieren, wie ernst der Staat die Pflege seines Kapitalstandorts tatsächlich nimmt und wie rigoros er die Forderungen nach einem grundsätzlichen Umbau der deutschen Sozialsysteme, die sie selbst jahrelang erhoben hat, in Angriff nimmt. Seit sie sich keine Sorgen mehr um das Zustandekommen des Gesetzes machen muss, macht die 4. Gewalt der Republik sich nörgele über dessen Inhalt her. Alle seine Einzelheiten werden sachverständig und akribisch durchgekaut. Alles, was sich skandalisieren lässt, wird von den Profis der Öffentlichkeitsarbeit gnadenlos ans Licht und dem Publikum zur Kenntnis gebracht. Das erschrickt angesichts all dieser angekündigten „Sozialraub“-Skandale dann tatsächlich doch ein wenig – was sich wieder für eine weitere öffentlichkeitswirksame Schlagzeile eignet: „Hartz IV-Debatte verunsichert die Bürger!“ Der Reihe nach.

Skandal Nr. 1: Schlechte Organisation!

Erhebliche Bedenken werden vermeldet, dass auch dieses Reformwerk – wie schon die Gesundheitsreform, die Autobahnmaut, das Dosenpfand... – mal wieder „mit der heißen Nadel gestrickt“ ist, also „schwere handwerkliche Mängel“ aufweist. Das fängt schon mit dem *Fragebogen* an, der ab Mitte Juli an die Betroffenen verschickt wird: Eine einzige Zumutung. 16 Seiten, viel zu lang; zu kompliziert, kein Schwein blickt durch! Selbst ausgewählte Politiker, ja sogar studierte Journalisten scheitern daran im Selbstversuch, vor allem

an den „Seiten 5 und 6 zu Einkommen und Vermögen“ – was ja vielleicht auch daran liegen könnte, dass sich deren Vermögensverhältnisse im Vergleich zu denen eines durchschnittlichen Arbeitslosen- oder Sozialhilfebezieher eher etwas verschachtelt darstellen. Aber wie dem auch sei: Wenn schon unsere Eliten scheitern, was machen dann erst unsere Analphabeten und ausländischen Mitbürger, wenn sie demnächst über ihren Anträgen auf Stütze grübeln!? Droht nicht die ganze Reform ein Flop zu werden, wenn die zuständigen Behörden nicht mit korrekt ausgefüllten Anträgen rechnen können? Und schon dräut wieder die Grundsatzfrage: Ist dieser Staat, speziell unter dieser Regierung und angesichts des zu erwartenden organisatorischen Chaos, überhaupt reformfähig?

Das sind so die Probleme, mit denen in den ersten Juli-Wochen eine enorm kritische Öffentlichkeit ihr Publikum darüber aufklärt, dass sich „hinter dem Namen Hartz IV“ doch tatsächlich „völlig neue Zumutungen verbergen“. Dann erfährt man auch noch, dass bei der Erstellung des Fragebogens die Datenschutzbeauftragten nicht konsultiert wurden! Hier sind also erstens „Nachbesserungen!“ angebracht, zweitens aber brauchen die Betroffenen vor allem sachverständige Hilfestellung fürs Ausfüllen. Die wird auch prompt geleistet: Jede Tageszeitung, die auf sich hält, erklärt der Leserschaft Punkt für Punkt das 16-seitige Formular. Daneben werden bauernschlaue Tipps fürs Leben an der Armutsgrenze veröffentlicht – nach dem Motto: Wenn Ihre Ersparnisse die erlaubten Freibeträge übersteigen, geben Sie das Geld einfach vor Januar 2005 aus, dann kann es hinterher nicht mehr angerechnet werden.

Hilfe im bürokratischen Verfahren brauchen an vorderster Front die Bürger in den neuen Bundesländern. Bei der flächendeckenden Arbeitslosigkeit droht dort nämlich ein kaum zu bewältigender Verwaltungsaufwand. Verwaltungs- und Beratungspersonal, das den Ostbürgern sachverständig zur Hand geht, wenn sie demnächst millionenfach auf ein neues Armutsniveau geschleust werden, muss mobilisiert werden. Das ist klar – aber doch, um Gottes Willen, kein *falsches Personal!* Die sensible bundesdeutsche Öffentlichkeit entdeckt – assistiert von den ostdeutschen Ministerpräsidenten – eine „beispiellose Geschmacks-“ und „politische Instinklosigkeit“: Ehemalige Postbeamte, die die Telekom bisher nicht entlassen durfte, sollen aus dem Westen(!) in den Osten(!) verschickt werden – und das auch noch mit „Buschzulage“! So geht das nicht, so wird aus Hartz IV noch ein Schlag ins Kontor der deutschen Einheit! Also alles zurück; auch die Würde des ostdeutschen Mitbürgers ist unantastbar; und das heißt konkret: Er hat ein Recht darauf, von seinesgleichen, am besten also von einem original Ost-Langzeitarbeitslosen, sozial abgewickelt zu werden. Die ostdeutschen Ministerpräsidenten und die Verantwortlichen der Telekom versprechen, die Angelegenheit unbürokratisch zu überprüfen und alles dafür zu tun, dass der Ostdeutsche auch *als Sozialfall als Deutscher erster Klasse* gewürdigt wird.

So geht Skandal Nr. 1 gerade noch einmal halbwegs gut aus: Ein Unentschieden zwischen den Reformern und ihren Kritikern.

Skandal Nr. 2: Das Gleichgewicht zwischen Fordern und Fördern lässt zu wünschen übrig!

Einen Erfolg kann die Regierung immerhin von Anfang an für sich verbuchen. Ihre Haupt- und General-Sprachregelung in Sachen Arbeitslosigkeit ist angekommen: Arbeitslose müssen *gefördert* werden! Das unterschreibt jeder – und damit natürlich auch, was die Regierung unter „fördern“ versteht: Arbeit – und zwar überhaupt irgendeine, egal zu welchen Bedingungen – ist das höchste Gut für den, der keine hat; kein anderes Interesse steht dem

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahrszeitschrift

Vortrag mit Diskussion

Die Anti-Hartz-Demonstrationen und ihr Ende Demokratie und Protest

Die Volks-Herrschaft rühmt sich, als einzige von allen Herrschaftsformen den Interessen und Ansprüchen der Regierten zu entsprechen. Sobald Leuten etwas nicht passt und sie sich darauf besinnen, dass sie der Souverän sind und den Ruf anstimmen: „Wir sind das Volk“, sieht sich die Staatsmacht bei ihrem guten Namen gepackt, entschuldigt sich beim auftraggebenden Volk und macht alles besser. Oder wie war das kürzlich?

Es war so:

Zuerst reformiert die Regierung ihre Sozialpolitik. Bisher hat sie Lohnersatzleistungen gezahlt, weil Leute, die das Kapital überflüssig macht, mittellos sind. Jetzt sieht sie den Zusammenhang umgekehrt: Leute sind arbeits- und mittellos, weil sie von den Sozialkassen über Wasser und dadurch vom Arbeitsmarkt ferngehalten werden. Schröder verordnet nun „Armut per Gesetz“, nicht nur um die Staatskassen zu schonen, sondern, wie er sagt, um dadurch geradewegs die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen: Offene Not soll den Arbeitslosen Beine machen. 4 Millionen von ihnen werden zur sofortigen Annahme der Billigjobs gezwungen, die es gar nicht gibt.

Dagegen demonstriert ein Teil des Volkes, der Elend als öffentliches Reformziel unerklärlicherweise nicht so toll findet. Und er demonstriert verantwortlich: Die Demonstranten werben für ihre Sache hauptsächlich mit dem Argument, dass sie sich gar nicht vorstellen können, dass eine so schlechte Behandlung hilfsbedürftiger Bürger zum Aufgabenkatalog eines Kanzlers gehören kann, der geschworen hat, den Nutzen des Volkes zu mehren.

Der vertrauensselige Protest bekommt seine demokratische Antwort: Nur nicht draufhören! Keinen Millimeter nachgeben. Der Pöbel, der gegen die Verarmung stänkert, hat eine verkehrte Mentalität, besteht aus lauter Jammerlappen, ja aus Schmarotzern! Leute, die gegen die Regierung kämpfen, können nie und nimmer „das Volk“ sein; und die vielen anderen, die die falschen Parteien wählen, können es auch nicht sein. Wer „das Volk“ ist, sagt die demokratische Obrigkeit.

Donnerstag, 04. November 2004, 20.00 Uhr

Ex-Komm, K4 im Künstlerhaus, Festsaal

Nürnberg, Königstr. 93

Weitere Termine: 02.12.04, 13.01.05

www.gegenstandpunkt.com / gegenstandpunkt@t-online.de

Arbeitslosen zu als das, sich wieder nützlich machen zu können – egal, ob er selber irgendeinen nennenswerten Nutzen davon hat; *dieses* und kein anderes Interesse verspricht die Regierung mit ihrer Reform zu unterstützen. So viel Großzügigkeit verlangt natürlich eine Gegenleistung seitens der Geförderten: Zum Fördern – auch dazu kann die sozial eingestellte Öffentlichkeit nur nicken – gehört das *Fordern*; worunter alles zu verstehen ist, womit die Arbeitslosenverwaltung ihrer Klientel das Leben schwer macht: Lohnersatz nur noch für maximal ein Jahr; Kürzungen des Lebensunterhalts bei Pflichtversäumnissen; Erpressung zur Annahme jeder nicht gerade sittenwidrigen Tätigkeit – also alles, was im Grundsatz schon gebilligt ist, wenn dem Arbeitslosen Arbeit pur als sein einziges legitimes Lebensbedürfnis zuerkannt wird.

Bleibt die Frage, ob der *Nötigung*, jede Arbeit anzunehmen, – dem „Fordern“ – auch eine ernsthafte Bemühung des Sozialstaats gegenübersteht, die Betroffenen in *irgendeine* Arbeit *hineinzubugsieren*: Wie steht's mit dem *Fördern*? Die Politik wird an ihrer Ideologie des „Gebens und Nehmens“ gemessen; und skeptisch wird darüber gefachsimpelt, ob die Sozialbürokratie nicht mal wieder schmählich versagt. Das fängt an mit dem Versprechen, die Leute in den neuen Job-Centern viel intensiver in die Mangel zu nehmen als in dem alten Arbeitsamt: Kann das überhaupt funktionieren? Muss die Vermittlungstätigkeit nicht zu kurz kommen vor lauter Verwaltungsarbeit – Stichwort: Fragebogen! – ? Vor allem aber: Gibt es die offenen Stellen denn überhaupt, in die man die vielen Arbeitslosen vermitteln möchte? Hier warten kritische Gemüter mit der Erkenntnis auf: Vermittlungstätigkeit hin, Vermittlungstätigkeit her, wahrscheinlich gibt es die Stellen gar nicht! Eine wahrhaft großartige Entdeckung angesichts einer sozialstaatlichen Reform, die von der Überflüssigkeit großer Bevölkerungsteile für die nationale Wirtschaft ausgeht und sich tatsächlich darannmacht, die dauerhafte Ausgrenzung von allen bisher als normal bekannten Beschäftigungsverhältnissen als neuen, ganz alltäglichen und gängigen Status von Millionen von Menschen herbeizuorganisieren. Aber gerade weil so klar ist, dass die künftigen ALG II-Empfänger nach allen Regeln der gültigen

wirtschaftlichen Vernunft längst für überflüssig erklärt worden sind, geht kritischen Journalisten mit sozialem Anspruch das lebende Material für ihre ereignisreiche Berichterstattung nicht aus. Jede Menge Arbeitslosenschicksale werden liebevoll ausgebreitet; alle nach dem Muster: Durchaus qualifiziert, anständig, ordentlich, flexibel, bereit umzuziehen, über 200 Bewerbungen, 2 Vorstellungsgespräche – und doch weit und breit kein Job in Sicht, nicht vermittelbar, überqualifiziert, ab 40 definitiv zu alt... Das hat man zwar alles irgendwie auch schon vorher gewusst. Aber wenn das stets von neuem hautnah illustriert wird, dann stellt sich allmählich wie von selbst die zu der Reform passende Einsicht ein: So geht es jetzt also zu im deutschen Sozialstaat; darauf hat man sich einzustellen; das mag man bedauern, aber – siehe die geschilderten Fälle! – zu ändern ist es nicht; wer sich von der regierungsamtlichen Gleichung zwischen „Fordern“ und „Fördern“ etwas anderes versprochen hat, ist selber schuld.

Ganz ungetröstet bleibt das betroffene Publikum jedoch nicht. Der desolate Befund ist nämlich andererseits zugleich der Auftakt zur Verkündung der tiefen Weisheit des gültigen wirtschaftspolitischen Sachverständigen: Es gibt zwar keine offenen Stellen, aber *ohne* die Kürzungen und drastischen Einschnitte bei den bisherigen Sozialleistungen – Stichwort: unerträgliche Lohnnebenkosten – gibt es *erst recht* keine! Und wenn sich *trotz* umfassender Verbilligung des lohnabhängigen Volkes tatsächlich keinerlei „Entspannung“ auf dem Arbeitsmarkt abzeichnet, dann lässt das nur einen Schluss zu, nämlich den einen tief schürfenden Gedanken, der einem modernen Wirtschaftsjournalisten sowieso tagaus tagein durch den Kopf geht: Das liegt an den leider immer noch viel zu großen Beschäftigungshindernissen, die den überregulierten deutschen Arbeitsmarkt kennzeichnen. Damit ist man im richtigen Fahrwasser für konstruktive Kritik. Denn richtig verstanden ist die Allerweits-Weisheit, dass „Hartz IV keine neuen Arbeitsplätze schafft“, ein einziger Beleg dafür, dass der Reformstau in diesem Lande noch lange nicht abgearbeitet ist: Immer noch gibt es viel zu viele überzogene, kontraproduktive Arbeit-

Fortsetzung Seite 2, Spalte 4 oben

Kritik der bürgerlichen Wissenschaft

Humanistische Psychologie – Gesprächstherapie:

Du bist nichts, dein Selbst ist alles

Dass die Psychologie die Fachwissenschaft für die kleinen und großen Verrücktheiten ist, die sich moderne Individuen tagtäglich mit Geist und Verstand antun, ist weithin unbestritten. In allen ihren Abteilungen bestätigt sie die demokratische Meinung, dass es im Leben sehr auf das Individuum ankäme, indem sie deren Bemühungen und Taten ihren objektiven Inhalt und Zweck abstreift. Sorgen, Probleme, Ängste und Verrücktheiten sind demnach immerzu Resultate der Auseinandersetzung der Leute mit sich selbst, mit ihrer Natur zugehörigen Kräften und Instanzen, die aber ihre Wirkung so tun, dass sie der Kontrolle des bewussten Willens ganz oder teilweise entzogen sind. Die behauptete Unkenntnis der Seele und der geheimen psychischen Antriebe wird von der Psychologie aber nicht nur für alles menschliche Unbehagen verantwortlich gemacht; zugleich gibt es den Grund ab für die ‚leider notwendige‘ Dominanz der Fachpsychologen und Therapeuten, die mit ihrem klinischen, therapeutischen oder verhaltenswissenschaftlichen Werkzeug es als einzige in Händen halten, das Auseinanderklaffen zwischen bewusstem und dem geheimen, steuernden Selbst zu überwinden. Seit geraumer Zeit hat mit der humanis-

tischen Psychologie eine innerwissenschaftliche Strömung Konjunktur, die als psychologische Selbstkritik an der Machtausübung der behandelnden Therapeuten und dem pessimistischen und negativen Menschenbild der Gründungsväter Freud und Jung – aber auch Skinner – antritt. In der therapeutischen Kritik am „Patientenverhalten“ entdeckt sie eine „Entmündigung“ des Individuums, der Carl R. Rogers und Kollegen eine ganz prinzipielle Anerkennung des psychologischen Angelpunkts von Welt und Mensch, dem Selbst, entgegenstellen wollen.

Leidensursache: Unbekanntes Selbst

Was da an menschenfreundlicher „Hebammenfunktion“ des helfenden Therapeuten angeboten wird, lautet in programmatischer Absetzung zu bisherigen Therapiemethoden: „Er (der personenbezogene Ansatz) zielt direkt auf die größere Unabhängigkeit und Integration des Individuums ab, statt zu hoffen, dass sich diese Resultate ergeben, wenn der Berater bei der Lösung des Problems hilft. Das Individuum steht im Mittelpunkt der Betrachtung, und nicht das Problem. Das Ziel ist nicht, ein bestimmtes Problem zu lö-

sen, sondern dass es mit dem gegenwärtigen Problem und mit späteren Problemen in besser integrierter Weise fertig wird“ (Rogers)

Ein recht eigentümliches Hilfsprogramm: Einem Menschen, der mit seinen Problemen nicht fertig wird, wird fachmännische Anteilnahme zuteil, indem ihm dieser absichtsvoll nicht hilft! Wer freilich meint, dafür hätte der besorgte Patient nicht auch noch Mister Rogers bedurft, übersieht den Angebotscharakter dieser „personenbezogenen“ Lösungsverweigerung: Ausgerechnet indem man sich dem Problem widmet, zur Klärung beiträgt und falsche Standpunkte ausräumt, soll man gegen die „Unabhängigkeit des Individuums“ verstoßen und die Entwicklung eigenständiger Problemlösungskompetenz behindern. Demzufolge wird das „Individuum“ erst dadurch in den ihm gemäßen „Mittelpunkt“ gerückt, indem man seine Probleme und Fehler erst gar nicht als solche ernst nimmt, sondern sie als mehr oder weniger beliebiges Material zur Herausbildung unabhängiger Integrationsidentität verwendet. Wenn dabei schon die Befassung mit den jeweiligen Problemen die Sicht auf das Individuum behindern soll, worin mag dann dieses „integrative Selbst“ bestehen? Ganz einfach und psychologisch: die selbständige, lösungskompetente Individualität kommt durch einen Wechsel der Selbstschätzung zustande, indem man unter Absehung von al-

Fortsetzung Seite 3, Spalte 1 oben

Der „nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland“ Der Sozialstaat organisiert

die Elendskarriere des proletarischen Nachwuchses neu

Mitte Juni einigen sich die rotgrüne Bundesregierung und die nationalen Unternehmerverbände und Handwerkskammern auf einen „nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland“. Der staatliche Anspruch, grundsätzlich allen Haupt- und Realschulabgängern durch eine betriebliche Ausbildung einen Einstieg ins gesittete proletarische Berufsleben zu ermöglichen, soll durch eine freiwillige Selbstverpflichtung der Paktpartner erfüllt werden. Mit dieser Selbstverpflichtung wird der Kampf aufgenommen gegen eine seit einigen Jahren bilanzierte und Jahr für Jahr immer größer werdende „Lehrstellenlücke“, für die ein „Trend auf dem Ausbildungsmarkt“ verantwortlich zeichnen soll, der wiederum zu einem „immer stärkeren Auseinanderklaffen zwischen Angebot und Nachfrage nach betrieblicher Ausbildung“ führt. Auch dieser Trend hat einen Macher. Der Staat kennt und anerkennt das Subjekt des „Ausbildungsmarkts“, das ihm seit geraumer Zeit seine Dienste versagt: Schließlich hat er die Ausbildung und Unterbringung des proletarischen Nachwuchses in die Berufe dem Kapital weitgehend überantwortet und sie damit von dessen Gewinn-Kalkulation abhängig gemacht. Haupt- und Realschulabgänger sollen ja auf einer Lehrstelle von den Betrieben benutzt werden und dadurch die spezifischen Berufsfertigkeiten lernen. Der Ausbildungsmarkt ist als Teil des Arbeitsmarkts organisiert und deswegen steht eine Verpflichtung der Unternehmen zur Ausbildung quer zu ihrer Freiheit; die Ansage des Staates, die mit dem Pakt in die Welt gesetzte Vorgabe, dass wirklich jeder Jugendliche unterkommt, ist darum ein gewusster Idealismus. Denn die sozialstaatliche Praxis, die Ausbildung der Jugendlichen für die gemeinen Berufe den privaten Anwendern ihrer Arbeitskraft zu überlassen, geht nicht mehr auf; der proletarische Nachwuchs wird nicht weiter gebraucht, es gibt keine Lehrstellen für ihn, weil das Kapital keinen Bedarf an ihm hat – und das ist die Geschäftsgrundlage des Pakts zwischen Staat und Kapital. Dem Haufen überschüssiger Jugend, den der Sozialstaat jetzt am Hals hat, soll zwar ein Einstieg in ein proletarisches Berufsleben verschafft werden, das aber ohne Verstoß gegen die Gesetze auch dieses „Marktes“.

Das lauthals verkündete Credo: „Alle Jugendlichen kriegen einen Ausbildungsplatz!“ glauben Clement und Konsorten selber nicht. Deshalb konstruieren sie – scharf aufs Einvernehmen mit „der Wirtschaft“, der sie die Gleichung, dass betriebliche Ausbildung Ausbeutung ist, nicht bestreiten wollen – mit dem jetzt aufgelegten „nationalen Pakt“ einen Schein von verantwortlicher (Selbst-)Verpflichtung der Betriebe in Kombination mit einer praktisch wahr gemachten Schulzuweisung an die jugendliche Klientel. Erstens anerkennt der

Staat den kapitalistischen Grund des Übels – wer vom Kapital nicht gebraucht wird, ist zu viel –, wenn er einerseits sich selbst verpflichtet und einen Teil der überschüssigen Jugend von der Straße nimmt (in die Bundesverwaltung und sonst wo hin) und das Gesetz über eine Ausbildungsplatzabgabe auf Eis legt, weil er das Kostenargument der Wirtschaft gelten lässt; und andererseits verpflichtet er die Wirtschaft nicht, sondern gibt sich mit ihrer „Selbstverpflichtung“ zufrieden, die er ohne Gesetzeszwang als verbindlich akzeptiert. Deshalb ist es nichts als staatlich abgesegnete Augenwischerei, wenn die Wirtschaft ihre im Pakt eingegangene freiwillige Selbstverpflichtung – sie setzt sich „das verbindliche Ziel“, „während der 3-jährigen Dauer des Pakts jährlich 30.000 neue Ausbildungsplätze einzuwerben“ –, ohne dass ihr widersprochen würde, präzisiert: „Neu“ bedeutet nicht „zusätzlich“ und für die „Paktstatistik“ wird alles zusammengezählt, was „für das Gesamtbild der Ausbildungsberufschaft der Wirtschaft wichtig ist.“ Beides zusammen ist das sozialstaatliche Eingeständnis, dass sich Ausbildung und Ausbeutung der Jugend per Saldo auf Dauer nicht decken, wenn die Ausbildung die abhängige Variable des Bedarfs des Kapitals nach billigen Azubis ist. Dem tragen die Paktpartner Rechnung und werden zweitens zynisch produktiv. Sie drehen den ökonomischen Zusammenhang schlicht um und tischen kontrafaktisch die Lüge auf, dass es eigentlich an den jungen Leuten selber liegt, wenn sie keine Lehrstelle finden: Es mangelt ihnen an *Berufsfähigkeit*, an *Qualifikation* fürs Berufsleben, lautet der Befund: Wären sie nur qualifiziert genug, hätten sie eine Lehrstelle. Im Klartext: *Wer nicht gebraucht wird, ist eben nicht geeignet*. Wer sagt's denn schon immer, dass der eigentliche Grund der Jugendarbeitslosigkeit das untaugliche Angebot ist, dass man also den Unternehmern diese Schulabgänger im Grunde nicht zumuten kann?

Die praktische Umsetzung dieser Schulzuweisung ist die Schaffung eines neuen Status, eine zusätzliche Stufe für die Schulabgänger vor dem Einstieg in den Beruf: Es wird – „als Brücke in die Berufsausbildung“ – eine neu entwickelte *Einstiegsqualifizierung mit Kammerzertifikat* eingeführt; und für die „Berufsausbildungsvorbereitung“ wird das Angebot „für Jugendliche, die noch nicht im vollen Maße über die erforderliche Ausbildungsbe-fähigung(!) verfügen, um 50 neue *Qualifizierungsbausteine* erweitert. Die Paktpartner tun nachgerade so, als würden sie eine Qualifizierungsoffensive starten, als deren negativer Ausgangspunkt die schwachköpfigen Jugendlichen, die mit neuen Selektionskriterien beglückt werden, herhalten dürfen. Die Schulabgänger können sich dann an den Kriterien *Ausbildungswilligkeit und -fähigkeit* arbei-

ten und bewahren, so als läge es tatsächlich an Unterschieden zwischen „individuellen eingeschränkten Vermittlungsperspektiven“, wenn es insgesamt für alle zu wenig Lehrstellen gibt. So macht der Pakt es zur Sache eben der „Individuen“, sich innerhalb des Kollektivs der arbeitslosen Jugend zu differenzieren und ihre gar nicht individuelle Karriere nach unten in den nutzlosen Bodensatz anzutreten.

Den haben die Macher des Pakts auch schon ausgemacht im Kollektiv der „jungen Menschen, die am Anfang ihres Berufslebens stehen“, das sie aber in diesem Sinne nie antreten werden, da sie weder eine Lehrstelle gefunden noch eine der berufsvorbereitenden Maßnahmen oder eine Praktikumsstelle ergattert haben, die jedoch – das ist das am Ende eigentlich Ärgerliche – immer noch in der Statistik rumlungern. Aber versprochen ist versprochen: Auch sie erhalten weiterhin eine Perspektive. Die Jugendlichen, die bis Ende September durchs Raster gefallen sind, werden in sog. Nachvermittlungaktionen mit Hilfe eines noch nicht näher definierten Kompetenzchecks geprüft, ob sie sich überhaupt zu was eignen. Zu einem eignen sie sich dann alle Mal – durch „aktive Mitwirkung“ ihren Willen zu beweisen, dass sie die Betreuung durch den Sozialstaat weiter verdienen. Also dürfen sie Vorladungstermine nicht verschwitzen, die meist absichtsvoll kurzfristig mitgeteilt werden; sie müssen ständig für Vermittlung oder Ausbildungskurse verfügbar sein; sie müssen Mobilität beweisen, d.h. der Zumutung nachkommen, überall („überregionale Vermittlung“) irgendeinen („Ausgleich zwischen unterschiedlich nachgefragten Branchen“) Ausbildungsjob anzunehmen, wenn er angeboten wird. Alles halt, was bestens bekannt ist aus dem sozialstaatlichen Umgang mit ihren älteren Klassenbrüdern. Der Staat rechnet hier aus Erfahrung damit, dass etwa die Hälfte der Jugendlichen, die in der Nachvermittlung landen, bei dieser Willensprüfung durchfallen. Über sie wird dann das Urteil gefällt, dass sie „nach individueller Prüfung nicht mehr zum Kreis der Bewerber“ gehören „und damit als nicht mehr unverorgt“ gelten. Damit bilden sie den Bodensatz der *offiziell abgeschriebenen Jugend*: Dieser Status bereinigt zum einen die Statistik und trägt enorm zum Schließen der Lehrstellenlücke bei; zum andern wird diesen Jugendlichen für drei Monate ihre staatliche Grundsicherung gesperrt. Ihr Recht auf Ausbildungsförderung verlieren sie damit jedoch nicht, denn das ist ja eherner Bestand dieses Pakts – was immer man davon hat.

Noch ein Beitrag zur Verwaltung und Förderung der verwehrten Jugend, für die der ganze Pakt ein richtungsweisendes Dokument ist: Er organisiert eine Sortierung der überflüssigen Jugend – und da ihm die Klientel nicht ausgehen wird, hat er eine große Zukunft.

ARMUT - KEIN SKANDAL
Fortsetzung von Seite 1, Spalte 4 unten

nehmerrechte. Alte Zöpfe wie Flächentarif und Kündigungsschutz müssen endlich abgeschnitten werden; nur so kann der frische Wind durch den deutschen Arbeitsmarkt wehen, den risikofreudige Unternehmer brauchen, um wieder Mut zu fassen und Leute einzustellen, die sie selbstverständlich rausschmeißen, weil und solange ihre unternehmerische Freiheit durch lauter scheußliche Reglementierungen beschränkt wird.

Der frische Wind, mit dem Hartz IV tatsächlich den Alltag der vom Kapital dauerhaft ausgemusterten Massen belebt, wird derweil durchaus begrüßt. Alles, was sich die Freunde der Marktwirtschaft je als dringend nötigen Billiglohnsektor ausgemalt hatten, wird durch den neu geschaffenen Arbeitsdienst – „Beschäftigung mit Mehraufwandsentschädigung“ nennt sich das heutzutage – deutlich unterboten. Für 1 bis 2 Euro die Stunde müssen sich Empfänger von ALG II künftig zu gemeinnütziger Arbeit abkommandieren lassen; bei Ablehnung droht die Kürzung bzw. der Verlust der Stütze. Das freut nicht nur die deutschen Wohlfahrtsverbände, denen die Zivis langsam ausgehen; das finden auch liberale Journalisten durchaus prima – eine unerträgliche staatliche Gängelung und Überregulierung können sie in solchen Maßnahmen jedenfalls nicht entdecken. Ein bisschen Arbeitszwang gilt heute als Chance für Menschen mit „Vermittlungshandicaps“. Für die sind zwar definitiv keine regulären Beschäftigungsverhältnisse mehr in Sicht; aber regelmäßig sauber gewaschen zum Dienst an der Allgemeinheit antreten, das ist doch mindestens eine Heranführung an den Arbeitsmarkt und erfüllt voll und ganz das Versprechen des „Förderns“ für Leute, die froh sein können, wenn sie für schlappe 8 Euro pro Tag diesen Tag auch noch „strukturiert“ kriegen. So kommt jedenfalls wieder Sinn ins Langzeitarbeitslosen-Dasein – und die Parks sind gefegt und die Alten billig abgefüttert. Eines allerdings – da sind sich alle Sachverständigen einig – darf man angesichts dieses wunderbaren „2. Arbeitsmarkts“ nie aus den Augen verlieren: Aus solchem gemeinnützlichen Arbeitseinsatz darf keine ernst zu nehmende Konkurrenz für den „1. Arbeitsmarkt“ werden. Nur allzu leicht kann das nämlich dem deutschen Handwerk und unseren mittelständischen Unternehmen, die bislang das Feld der billigen Dienstleistungen so erfolgreich beachern, das Wasser abgraben, womit ja auch keinem Arbeitslosen gedient wäre. Weshalb man letztendlich gar nicht oft genug wiederholen kann: Es müssen weitere Flexibilisierungen auf dem stark verkrusteten 1. Arbeitsmarkt folgen; sonst bleibt die Reform letztlich Stückwerk!

Mit derart konstruktiver Kritik geht Skandal Nr. 2 am Ende doch ganz gut aus: Ein Punktsieg für die Reformen!

Skandal Nr. 3: Geht es beim Verarmen gerecht zu?

Beschönigt wird nichts. Bei der Begutachtung der Lebenslagen, die Hartz IV herstellen wird, jagt ein Schreckenszenario das nächste: Die *Freibeträge* für dazuerdientes Geld sind *extrem niedrig*; die *Lebensversicherungen* müssen – eventuell mit *erheblichen Verlusten* – aufgelöst werden; das mühsam zusammengesparte *Eigenheim* steht auf dem Spiel, ebenso das *Auto*; die Leute müssen aus ihren zu großen *Wohnungen* ausziehen, womöglich drohen *Massenumzüge in Plattenbau-Ghettos*; der von der Oma *vererbte Schmuck* muss verkauft werden; auch die *Datscha* gehört zum anrechenbaren Vermögen; die *Sparbücher der Kinder* werden angerechnet; im Januar 2005 gibt es eine *Auszahlungslücke*; der *Osten der Republik* droht völlig zu verelenden ... usw. usf.

Alle denkbaren Folgen der Reform werden ausgemalt und bebildert, ja in ins Groteske überzeichnet („Eichel nimmt unseren Kleinen ihre Sparschweine und Teddybären“) – und nichts davon will die Notwendigkeit der Reform prinzipiell in Frage stellen. Dass „etwas“

Fortsetzung Seite 3, Spalte 1 Mitte

Sozialistische Gruppe
Erlangen Nürnberg (SG)
c/o Sprecherrat, Turnstr.7, Erlangen
www.sozialistischegruppe.de
E.i.S.; V.i.S.d.P.: E.Piendl-Witzke, c/o Turnstr. 7, Erlangen

DU BIST NICHTS, DEIN SELBST IST ALLES
Fortsetzung von Seite 2, Spalte 3 Mitte

len *Erfahrungsinhalten* sich zu einer ganz prinzipiellen *Anerkennung* seiner Probleme als *eigene* Erfahrungen entschließt:

„Jedes Individuum existiert in einer ständigen sich ändernden Erfahrung, dessen Mittelpunkt es ist“ (Rogers)

Demnach existiert das Individuum gleich zweimal: Einmal „in“ seinem sich ständig ändernden Erfahrungsfeld, welches zugleich Urgrund von Individuum Nr. 2 ist, indem sich dieses als „Mittelpunkt seiner Erfahrungen selbst begegnet. Weil Rogers alle Inhalte und Unterschiedlichkeiten menschlicher Erfahrung aus der „personenbezogenen“ Behandlung eliminiert, enthält das solcherart konstruierte Doppelwesen den zweifachen Auftrag an die selbsterfahrende Individualität, *alle* ihre Gefühle unabhängig von ihren bestimmten Inhalten 1. als Faktum anzuerkennen, und so 2. sich darin wiederzuentdecken, also alles als *Teil* seiner selbst zu verehren. Als Grund für das menschliche Unglück hat die Gesprächstherapie somit den Widerstreit von und die damit einhergehende Ablehnung gegenüber bestimmten Gefühlen aufgefunden gemacht. Mit dem Gebot, alle Erfahrungen, Erlebnisse und Emp-

ARMUT - KEIN SKANDAL
Fortsetzung von Seite 2, Spalte 4 unten

passieren muss, dass es so nicht weitergehen kann mit dem deutschen Sozialsystem, das ist der feste Ausgangspunkt aller Sorgen, die ganz radikal sämtliche Einzelheiten problematisieren: Ist alles wirklich im Detail durchdacht? Wird nicht das Kind mit dem Bade ausgeschüttet? Bestraft nicht der Angriff auf die Lebensversicherungen ausgerechnet diejenigen, die vernünftigerweise – wie es doch von der Politik immer propagiert wurde – privat fürs Alter vorgesorgt haben?! Ist es sinnvoll, wenn die Kommunen einen teuren Umzug in kleinere Wohnungen finanzieren, sollten sie nicht besser die Leute in ihrer gewohnten sozialen Umgebung lassen?! Droht nicht eine Ghettoisierung von sozial Schwachen und damit eine Störung der öffentlichen Ordnung?! Darf man den Ostdeutschen auch noch ihre vertraute Datscha wegnehmen?! Ist es überhaupt rechtlich zulässig, im Januar überhaupt keine Unterstützung auszuzahlen?! Und dann: die Kinder! Muss man ihnen nicht wenigstens ihre Ausbildungsversicherungen lassen, schon wegen der Pisa-Studie?! Ganz wichtig außerdem: die Bürger im Osten! Darf's für die nicht ein bisschen mehr an Perspektive sein, schon wegen der deutschen Einheit!? Alles zusammengenommen: Man sieht ja ein, was sein muss, muss sein – aber *muss* denn wirklich *alles* sein?!

Keine dieser Fragen bleibt unbeantwortet. Den besonders übertriebenen Befürchtungen wird der Bescheid erteilt, dass es *so* schlimm schon nicht kommen wird – die zuständigen kommunalen Behörden z.B. werden niemanden wegen ein paar Quadratmetern zuviel zu einem Umzug zwingen, den sie dann nur auch noch zu bezahlen hätten. So wird die Übertreibung produktiv: Sie lässt die tatsächlich fälligen Maßnahmen, auch die kleinliche Bedarfsermittlung, schon ganz erträglich erscheinen. Wer ohne Übertreibung die wirklich programmierte Herabstufung bisheriger und zukünftiger Arbeitslosenhilfe-Bezieher für unzumutbar erklärt, der wird darüber aufgeklärt, dass der Staat seine Sozialfälle bisher schon genauso schlecht oder sogar noch deutlich schlechter behandelt hat; wer in den Status der Erwerbsfähigkeit „heraufgestuft“ wird und ALG II statt Stütze erhält, steht sich sogar besser als bisher, darf von seinem Vermögen z.B. einen deutlich größeren Teil behalten. Man muss nur den richtigen Vergleichspunkt wählen, schon sieht die neue Rechtslage ganz schön großzügig aus. Was speziell die Kinderfrage betrifft, so war es schon immer ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, dass zuerst das Familienvermögen aufgebraucht werden muss, bevor die staatliche Fürsorge einspringen kann; und das ist auch gut so – oder will man etwa die jedermann bekannte Sorte von Schlaumeiern belohnen, die ihr Vermögen auf die Sparbücher der Kinder verschieben und dann beim Sozialamt vorstellig werden?! Allen Beschwerden über die bevorstehende neue Armut wird endgültig das Maul gestopft mit dem zynischen Verweis auf die gar nicht neue Armut eines Großteils der Beitrags- und Steuerzahler, die für Hilfszahlungen in Anspruch genommen werden: Man denke an die redlich erwerbstä-

findungen als *Resultat* eines sich äußernden unbekanntem Selbst anzuerkennen, ist ein Programm des Seelenfriedens als Konsequenz dieser Selbstbeziehung als Urheber des eigenen Übels formuliert, die von Hass, Eifersucht bis zum Wunsch nach Selbstmord alles mit dem Hinweis für gut befindet: *ich* habe es erlebt, *mein Selbst*, meine Innerlichkeit kommt dabei zum Ausdruck, daher habe ich ‚es‘ anzunehmen.

„Fördernd wirkt derjenige Therapeut, ...indem er dem Klienten eine nichtbesitzergreifende Anteilnahme und Liebe entgegenbringt; indem er die innere Welt des anderen versteht und akzeptiert.“ (Rogers)

Be-/ erkenne dich selbst

So sehr die Gesprächstherapie das offensive Bekenntnis zu allen Fehlern, Dummheiten oder Ängsten als den *eigenen* zum wahren, immerzu unterdrückten Selbst erklärt, für sowenig selbstverständlich hält sie offensichtlich diesen Umgang mit sich selbst. Deswegen wird das prinzipielle Verbot der Beschäftigung mit und Selbstkritik an den eigenen Einstellungen gleich zur methodischen Vorschrift erhoben, die es unentwegt einzuüben gilt.

„Gesprächstherapie ist ein aufmerksames, einfühlsames Hinhören auf die Äußerungen des anderen. Darüber hinaus ist sie ein intensives Bemühen, sich

tige schlecht bezahlte Verkäuferin, der von ihrem Wenigen auch noch Steuern abgeknöpft werden! Neben dieser Figur nimmt sich der Arbeitslose, der mit seinem bisherigen halben Lohnersatz noch besser dran ist als demnächst mit seinem ALG II, wie ein privilegiertes Mittelständler, geradezu wie ein Schmarotzer aus, der ruhig einmal kleinere Brötchen backen sollte. Mit diesem Vergleich – er gefällt vor allem dem Bundeskanzler ausnehmend gut – ergeht zugleich die Einladung an alle demnächst oder vielleicht auch noch nicht Betroffenen, sich ihrerseits nach Zeitgenossen umzusehen, die an irgendeiner Stelle noch etwas haben oder behalten dürfen, wo man selber gar nichts hat. Wie steht's etwa mit Vermögenswerten im Ausland, wie man sie doch zur Güte von unseren ausländischen Mitbürgern kennt, die bekanntlich nicht nach Deutschland, sondern „in unsere Sozialsysteme eingewandert“ sind? Welche Möglichkeiten gibt es, z.B. Mieteinnahmen aus dem Kosovo zu erfassen? So wird aus dem ‚Nein‘ zur Verarmung ganz schnell ein ‚Ja, aber‘: *Aber dann* muss gerechtere Weise auch da und dort zugelassen werden! *Sozialneid unter Paupers* ist angesagt. Und ganz nebenher erledigt sich alles Genörgel über missachteten Datenschutz, das Gezeter über inquisitorische Fragebögen und jedes Gestänker über zuviel Bürokratie: Für das edle Ziel, *beim Verarmen Gerechtigkeit* walten zu lassen, kann gar nicht genug aufgepasst werden!

Wenn dann auch noch der aus seinem Urlaub zurückgekehrte Kanzler Hartz IV zur „Chefsache“ erklärt und seinem Wirtschafts- und Finanzminister Nachbesserungen abtrotzt – die leidige Zahlungslücke im Januar wird geschlossen, die Freibeträge für Kinder unter 15 Jahren werden erhöht, und ihre (in aller Regel gar nicht vorhandenen) Ausbildungsversicherungen dürfen sie auch behalten –, dann ist das „Skandal-Gesetz Hartz IV“ schon ziemlich entdramatisiert. Die Bild-Zeitung meldet jedenfalls am nächsten Tag: „So schlimm wird Hartz IV nicht.“ An den Gesetzesmachern bleibt im Wesentlichen nur der Vorwurf kleben, dass sie diese frohe Botschaft ihrem geschädigten Volk nicht gleich erfolgreich eingehämmert haben: ein *Kommunikationsdesaster*, das müssen sie sich ankreiden lassen. In der Sache hingegen sind eher schon wieder die entgegengesetzten Bedenken angebracht. Journalisten aus der seriösen Presseabteilung sind schon wieder dabei, vor zuviel Nachgiebigkeit und Populismus zu warnen, was letztlich nur zu einer Verwässerung der dringenden nötigen Kehrtwende der deutschen Sozialpolitik führen muss; der Leidtragende wäre – wie immer – der deutsche Arbeitsmarkt mit seinen unerträglichen Verkrustungen (siehe oben). Jetzt müssen eigentlich nur noch die deutschen Spitzen-Manager Solidarität zeigen und sich dazu entschließen, für mehr Transparenz bei ihren Bezügen zu sorgen – nicht, damit man ihnen anschließend etwas wegnimmt, sondern damit der ALG II-Empfänger nicht allein dasteht mit seiner Pflicht, alle seine Vermögensverhältnisse offen zu legen: Gleichheit der Citoyens rechtfertigt jede Un-

Fortsetzung Seite 4, Spalte 1 oben

in den anderen hineinzufühlen: Was bedeuten für ihn persönlich seine Äußerungen? Welche Meinung drückt er damit aus? Was sagen diese Äußerungen über sein Selbst? Was ist die ‚tiefere Botschaft‘ seiner Äußerungen? Was empfindest Du, wenn Du das sagst? Kannst Du das für Dich formulieren?“ (Tausch & Tausch)

Einfühlsamkeit, Mitempfinden – das sind die schönen Titel, unter denen einem die Methode der Selbstfindung beigebracht wird. Dieses innere Selbst besteht freilich in nichts anderem als der beständigen *Suche* nach ihm: „Was empfindest Du, wenn Du das sagst?“ – so lautet die Aufforderung, jedem Gefühls- und Gedankeninhalt gleichgültig gegenüberzustehen, indem man ihn nur als *Material* des geheimen dahinterliegenden Selbst behandelt, das man solchermaßen sich selbst *erschafft*.

Die Rettung des Selbst vorm Selbstmord

Der Selbstmordkandidat Günther hat von seinem ‚Fall‘ folgende Meinung:

„Ich fühle mich ganz allein. Freunde habe ich nie richtig gehabt. immer wollten sie nur Geld von mir. Wenn ich was wollte, war nichts drin... Ich dachte, was hält mich, ich sehe keinen Sinn im Leben.“

Der gute Mann ist verrückt. Seine Enttäuschung über die schlechten Mitmenschen nimmt er sich in einer Weise zu Herzen, dass er das Misslingen seiner Idealvorstellungen von einem Kreis uneigennütziger Freunde nicht als Hinweis gelten lassen will, dass er irgend etwas falsch gemacht hat. Statt dessen kehrt er die Nichtgeltung seines hehren Freundschaftsideals zu einem Widerspruch gegen sich selbst, den eigenen Charakter und die eigene Lebendstüchtigkeit überhaupt. Er will dermaßen radikal auf dem Schluss beharren, eher auf sein *Leben* als auf das idealistische *Lebensprogramm* zu verzichten, an dem er gescheitert ist, dass er laut Tausch dreimal erfolglos versucht, sich um die Ecke zu bringen. Alle diese Verrücktheiten fordern dem gesprächstherapeutischen Helfer an seiner Seite nur zu einem heraus: zu tiefem *Verständnis*

„Ja, ich verstehe, du fühlst dich allein, du bist unglücklich, dass du allein bist, du bist enttäuscht, du hast Wunden in dir behalten, du hast nie geben können, du hast nie gelernt, deine Gefühle zu geben, dir ist nach Weinen, aber du kannst nicht...“ (R. Tausch)

Schon dieser Haufen an Vertraulichkeit könnte misstrauisch machen. Sie sind das technische Hilfsmittel für den Psychologen um mitzuteilen, dass er das vorgebrachte „Problem“ höchst ernst nimmt. Aber nie und nimmer in der Hinsicht, dass er sich bemühen würde, den „Klienten“ zur Vernunft zu bringen. Stattdessen bekommt der liebe Günther, der ja überzeugt ist, sich in seinem privaten Glücksprogramm als Totalversager erwiesen zu haben, vom Therapeuten eröffnet, inwiefern und wie sehr er *vollkommen recht hat*. Egal, ob dabei dem geschätzten „Partner“ sein Seelenleben, das ihm fachkundig ausgebreitet wird, so gar nicht vor Augen steht; dessen Urteil über sich, eine ziemlich *wertlose* Figur in der Welt abzugeben, baut der Gesprächstherapeut zielstrebig und mit Genuss an den Erbärmlichkeiten, die er anderen Leuten aus dem Inneren deutet – „Das ist Leben! Ich kann einen Blick in die seelische Landschaft anderer tun. Deshalb bin ich Psychologe und es macht mir Freude, das Innere des anderen zu erfahren!“

– zu einem Persönlichkeitsbild seines „Partners“ aus, das dem die eigentlichen „Probleme“ offenbaren soll, die seinem Selbstverdruss zugrundeliegen. Zwar hat der Klient eben seinem „Gefühl“ Ausdruck gegeben – „Ich fühle mich ganz allein!“ -, bloß: *darauf* kommt es gar nicht an. Der Psychologe legt Wert auf das Generalurteil, dass das „Problem“, welches der Klient äußert, nur ein *Hinweis* auf ein tieferes, grundsätzlicheres Seelenproblem ist: „Du bist Dir selbst fremd, du schaffst es nicht, deine wahren Gefühle zu äußern!“ Welchen *Inhalt* die Beschwerden des Klienten haben, ist für diese Erklärung offensichtlich völlig gleichgültig: er mag beklagen, was er will, oder auch keinen Mucks sagen – er bekommt auf jeden Fall die Diagnose verpasst, dass ihn ein *Identitätsproblem* quält. Mit Logik hat der Satz „Du bist unfähig, du selbst zu sein!“ natürlich nichts zu tun – es ist vielmehr der unmittelbare Appell, sich selbst mitsamt seinen herbeiphantasierten Charakterbehinderungen („Wunden“) einfach mal liebenswert zu finden. Der Rest ergibt sich dann schon von selbst. Dies ist denn auch die einzige Kritik, die der Therapeut seiner Klientel nachsagt, die sie freilich dafür mit unübertrefflicher Penetranz zu hören bekommt: Wahnideen hin oder her, es kommt einzig darauf an, dass man nicht negativ, sondern positiv zu sich steht. Rückfälle seines Klienten, der noch „intellektualisiert“ und „den Grund in Objekten oder Personen ausserhalb seiner selbst sucht“, behebt Tausch mit der gebetsmühlenartigen Wiederholung des Angebots, in sich das Sammelsurium an Defekten zu entdecken, die der Fachmann in seinem Inneren identifiziert hat, und als seinen Grundcharakter ‚anzunehmen‘. Das vom Psychologen getroffene Urteil über seinen „Partner“: Totalnull! will schon als *dessen* Gedankenleistung vollzogen sein. So nimmt es nicht wunder, dass die verrückte Selbstbeziehung: „Ich bin so ein Wicht“, ständig vom Psychologen bestätigt wird, indem er daran erinnert, dass da „etwas“ aus dem selbstverschlossenen Partner herausdrängt:

„Du fürchtest, man könnte Unangenehmes entdecken; du empfindest dich als unnützlich... du kannst dich noch nicht annehmen!“

Und darum soll es ja bekanntlich gehen. Auch eine Leistung, sich als ausgeprägte Niete zu entdecken und daraus eine gelungene Begegnung, ein flottes ‚Hallo, Selbst!‘ zu arrangieren,

Der Erfolg der Gesprächstherapie: Sag Ja zum Selbst

Eines sei festgehalten: wenn der Patient bei dieser psychologischen Verrücktheit mitmacht, funktioniert es; an die Stelle seiner *hinderlichen Verrücktheit* tritt mit „Hilfe“ des Therapeuten ein *nützlicher Wahn*. Je mehr sich der „Klient“ in sein professionell betreutes Selbstmitleid hineinsteigert und je länger er immer neue, unverstandene Details seiner armen Persönlichkeit („Gefühle“) imaginiert – desto häufiger hat der Therapeut Gelegenheit, ihm die eingebildeten Abgründe seines Charakters als seine ganz und gar einzigartige, unverwechselbare und daher „wertvolle“ *Besonderheit* zurückzuspiegeln: *Weil* du so bist, unterlass es, mit dir zu hadern, sondern bekenne dich zu deiner Schwächlichkeit als „Anteil deines Selbst“! Diesen Kampf ums Selbstwertgefühl – bei dem sich der Wert des Selbst ganz frei danach berechnet, welche selbstkonstruierten Unzulänglichkeiten man an ihm schätzen will – begleitet der Gesprächstherapeut in echter Partnerschaft. Als ob er sich gerade mittherapierten wollte:

„ich bewundere dich, wie du empfinden kannst. Ich spüre eine Menge Kraft in dir, mehr als ich manchmal habe.“ –

hilft er seinen Kandidaten zu der absonderlichen Leistung, aus einer angestrengten Selbstbeziehung den Hauptgewinn zu ziehen:

„Dass du von Wert bist für uns, ohne daß du irgendwie besondere Anstrengungen machst. Indem du bist, wie du bist, bist du für uns von Wert, das spürst du!“

Tusch und Anerkennung dafür, dass da einer nicht mehr unternehmen will, als laut psychologischer Deutung bei ihm selbst drin ist! Bezeichnender als in diesen freundlichen Schlussbemerkungen lässt sich das psychologische Programm der „Selbstöffnung“ kaum zusammenfassen. So hat der „Partner“ endlich die *Wertschätzung*, auf die er immer so erfolglos scharf war: Sich selbst weiß er (einzu-)schätzen als einen, der erfolgreich fähig ist, zu seinem untüchtigen *Charakter* zu stehen, und darin ein besonders gelungenes Exemplar ist. Und der ganz viel Gefallen an sich selbst findet in der Pflege seiner Macken als seine individuelle Note – *neben* den praktischen Pflichten, denen er täglich brav nachkommt.

ARMUT - KEIN SKANDAL
Fortsetzung von Seite 3, Spalte 2 unten

gleichheit der Bourgeois! –, dann ist für den gerechten sozialen Ausgleich in der Republik das Menschenmögliche geleistet. Die Redakteure der Bild-Zeitung können sich wieder anderen Skandalen zuwenden. Vielleicht entdecken sie ja wieder einen „Sozialhilfeempfänger in Florida!“ Vielleicht machen sie aber auch ihr Publikum Anfang nächsten Jahres mit einer Schlagzeile folgender Machart auf einen neuen Sozial-Skandal aufmerksam: „*Unglaublich: Uns wird das Weihnachtsgeld gestrichen – Sozialhilfeempfänger kassieren gleich doppelt!*“

Eines steht nach all der Elendsberichterstattung rund um Hartz IV immerhin fest: Das deutsche Volk ist nach Strich und Faden aufgeklärt und vorbereitet auf die neuen Zeiten, die ab Januar 2005 eintreten. Hartz IV ist noch gar nicht in Kraft, aber man hat sich schon richtig ein bisschen daran gewöhnen können, welche Lebensumstände in Zukunft zur ganz alltäglichen Normalität im Lande gehören werden. Keiner kann im Januar aus allen Wolken fallen, das neue Niveau der bundesdeutschen Armutsverwaltung ist umfassend durchgekaut und abgebildet worden, einschließlich des allein zulässigen Maßstabs der Kritik an diesen neuen Zuständen: Wenn die rigorose Verschlechterung der Lebensumstände von Millionen Menschen, denen auch für die Zukunft keine Besserung mehr in Aussicht gestellt wird, schon sein muss, dann wird man wenigstens fragen dürfen, ob *dabei* auch alles mit rechten Dingen zugeht. *Das soll* man sogar. Denn erstens gewöhnen sich die Menschen auf die Art am allerbesten die Sittlichkeit an, die zu den neuen Sitten in Deutschlands blühender Klassengesellschaft passt und gehört: Sie müssen gar nicht alles gerecht finden, was ihnen und ihresgleichen zugemutet wird; sie müssen nur ihre moralische Messlatte an die Streitfragen anlegen, die mit den neuen Armutsverhältnissen aufgemacht sind – also nicht mehr wie in Zeiten des Auf- und Ausbaus staatlicher Sozialpolitik fragen, wie die sozialen Unterschiede zwischen arm und reich gerecht zu gestalten sind, sondern das zur Etablierung eines neuen Armutsniveaus gehörige Problem wälzen, ob alle Betroffenen auch wirklich gleichmäßig gerecht betroffen sind. Damit landen zweitens alle Bedenken wieder bei denjenigen, die das Ganze politisch ins Werk gesetzt und zur neuen Rechtslage gemacht haben. An „die da oben“ ergeht die Nachfrage von unten – und im Namen von ganz unten –, ob *sie bei* ihrem Verelendungsprogramm denn wohl mit der nötigen Umsicht, dem erforderlichen Fingerspitzengefühl, einem Vertrauen erweckenden Gerechtigkeitsinn, kurzum: als *gute Herrschaft* zu Werke gegangen sind.

Das ist das Gegenteil einer Aufkündigung des Gehorsams der Unteren gegen die Oberen: Es ist ja nicht mehr verlangt, als dass die Oberen sich den ohnehin geschuldeten Gehorsam der Betroffenen verdienen, indem sie deren moralische Empfindlichkeit würdigen. Mit dem Anspruch sind um die Macht konkurrierende Demokraten in ihrem Element: Die Kunst der politischen Imagepflege gehört fest zu ihrem Berufsbild. Insofern mündet Skandal Nr. 3 in einen moralischen k.o.-Sieg der Reformier über die Bedenkenträger. Im abschließenden Skandal der höheren demokratischen Machart sind die Fronten daher glatt vertauscht:

Skandal Nr. 4: Haben diejenigen, die den Skandal ausrufen, überhaupt das Recht dazu?

Da gibt es nämlich welche, die sich offensichtlich mit der Gewöhnung an die neuen deutschen Zustände noch etwas schwer tun. Leute, die den Unmut über Hartz IV tatsächlich zum Anlass für öffentlichen Protest nehmen. Die *Gewerkschaften* sind dabei noch das geringste Problem. Denen hat man nämlich schon x-mal die Quittung für ihren falschen Kampf um Arbeitsplätze präsentiert: „Arbeitsplätze lassen sich weder erstreiken noch herbeidemonstrieren, basta!“ Und wenn die das immer noch nicht eingesehen haben, dann beweisen sie nur einmal mehr, dass hier bei ihnen Betonköpfe am Werk sind, die noch nicht in diesem Jahrhundert angekommen sind. Außerdem, freundlicher Tipp unter „Genossen“, sollten sie sich lieber vor dem Gespann Merkel/Westerwelle in Acht nehmen, statt den Sozis, ihrem einzigen Verbündeten in der deutschen Parteienlandschaft, das Wasser abzugraben.

Weniger kalt lässt um Wählerstimmen besorgte Politiker die Tatsache, dass im *Osten* der Republik von der Politik enttäuschte Massen auf die Straße gehen. Wenn die ihren Protest dann auch noch in die Tradition ihrer sagenumwobenen *Montagsdemonstrationen* stellen, dann beweist das nämlich eines: Denen haben wir die Sache mit der Demokratie immer noch nicht richtig erklärt. Hier ist Nachhilfeunterricht nötig – und zwar im Schnelldurchgang: Erstens ist jeder Vergleich mit den Montagsdemonstrationen von 1989 eine Beleidigung der damaligen ostdeutschen Freiheitskämpfer. Denn die haben ihren Stammpplatz in der nationalen Ruhmeshalle gefunden; die Erinnerung an sie darf keinesfalls für irdische politische Zwecke profaniert werden. Diese Erinnerungstechnik hat die westdeutsche Demokratie sich in langjähriger Aufarbeitung ihrer Vergangenheit samt Opfern und Freiheitshelden erarbeitet. Zweitens richtete sich der Protest damals gegen eine unmenschliche Diktatur, die gerechterweise prompt resigniert hat; heute dagegen trifft er auf eine frei gewählte demokratische Obrigkeit, die sich dem „Druck der Straße“ auf keinen Fall beugen darf. Insofern hat ein demonstratives Aufbegehren also zu unterbleiben, weil sonst der fundamentale Unterschied zwischen Diktatur und Demokratie eingeebnet wird; wer es trotzdem tut, beweist damit, dass er noch immer nicht in der Demokratie angekommen ist. Drittens ging es den Demonstranten damals nicht um Wohlstand, sondern um Freiheit – wir merken uns also die neueste Variante des alten Schlagers „*Freiheit statt Sozialismus*“: Hartz IV, das ist demokratische Freiheit in Aktion; die bundesdeutsche Armutsverwaltung mit Arbeitslosen- und Sozialhilfe bis Dezember 2004 dagegen, das ist ewiggestriger sozialistischer Wohlstand. Wer trotzdem protestiert, hängt einem rückwärtsgewandten Gedankengut an und darf deswegen zwar noch nicht als politische Ratte bezeichnet werden; ein Sumpf des Populismus ist er aber schon. Deshalb ist es viertens kein Wunder, dass lauter *populistische Rattenfänger* die Proteste für ihre finsternen Zwecke instrumentalisieren. Was fünftens deswegen umso schlimmer ist, weil ausgerechnet jetzt ausgerechnet im einstigen Heimatland der glorreichen Montagsdemonstrationen Wahlen anstehen, bei denen Trittbrettfahrer wie die PDS und die Rechten Stimmen abzusahnen drohen. Das darf schon deshalb nicht sein, weil die PDS – daran kann gar nicht oft genug erinnert werden – doch früher die SED war und deswegen bis heute dafür verantwortlich ist, dass westdeutsche Politiker die ganzen verdeckten Arbeitslosen des Realen Sozialismus, nämlich die Masse der ‚Werkstätigen‘ der alten DDR, in ehrliche kapitalistische Arbeitslose transformieren müssen und damit bis heute noch nicht ans Ende gekommen sind. Und das darf auf der anderen Seite des politischen Spektrums deswegen erst recht nicht sein, weil bekanntlich rechts von der CDU in unserer demokratischen Parteienlandschaft einfach kein Platz ist. Fazit des Sozialkundeunterrichts: Lektion Nr. 1: Bei Kritik an den herrschenden Verhältnissen hat man sich immer zuerst zu fragen, ob sie auch legitim und von konstruktivem Geist geprägt ist, nur das zeugt vom rechter demokratischer Gesinnung. Lektion Nr. 2: Bei „Extremisten“, egal ob vom rechten oder vom linken Rand, ist davon auszugehen, dass sie nicht erlaubt ist, weil die nämlich immer unterwegs sind, um auf allem und jedem ihr Süppchen zu kochen.

Jetzt fehlt nur noch Lektion Nr. 3: Bei *echten Demokraten* – also solchen, die keine Rattenfänger sind, sondern redliche Wahlkämpfer – gilt es zu differenzieren. Denen ist Kritik erlaubt, soweit sie einer Partei angehören, die im Bund regiert oder als Opposition allzeit bereit steht, das umstrittene Reformwerk selber durchzudrücken. Diese ehrenwerten Herrschaften dürfen sogar Verständnis für lautstarke Proteste äußern – was allemal damit zusammenfällt, dass sie den Demonstranten erzählen, was die *eigentlich meinen*, wenn sie gegen Hartz IV meckern. In Wahrheit leiden die nämlich an mangelndem Vertrauen in ihre politische Führung, im Osten womöglich auch noch an dem Gefühl, noch immer nicht als vollwertige Bundesbürger anerkannt zu sein. Gerade deswegen ist es sehr wichtig und aller Ehren wert, dass die jeweils zuständigen regierenden CDUler und SPDler der unbefriedigten Sehnsucht ihrer unzufriedenen Wählerschaft nach einer Vertrauen einflößenden Obrigkeit Recht geben – was natürlich nicht abgeht, ohne dass sie

Die SG (www.sozialistischegruppe.de) bietet einmal im Monat einen Diskussionstermin zu Themen aus Politik und Wirtschaft an:

**Der Kapitalismus funktioniert, wie er im Buche steht
 Die Ware Arbeitskraft in der Theorie von Marx
 – die Lohnarbeit in der Praxis Deutschlands**

Deutsche Unternehmer fordern zur Zeit von ihren Belegschaften nur das Eine und setzen es durch: Für ihr Wachstum braucht es unbezahlte Mehrarbeit.

Auch für den ökonomischen Sachverstand in der Republik ist diese Maßnahme und ihr Zweck eine Selbstverständlichkeit: „Für viele Unternehmen ist die Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich allerdings ein eleganter Weg, die Arbeitskosten je produzierte Einheit zu senken – und somit die Rentabilität der deutschen Werke zu steigern.“ (iwd Nr. 28 vom 8. Juli 2004, Institut der deutschen Wirtschaft Köln)

Es ist, als wollten diese Fachmänner einem verschmähten Kritiker dieser Wirtschaftsweise recht geben, der vor über 100 Jahren die Aneignung von unbezahlter Arbeit als Quelle des Gewinns bestimmte:

„*Das Kapital ist ... nicht nur Kommando über Arbeit ... Es ist wesentlich Kommando über unbezahlte Arbeit. Aller Mehrwert, in welcher besondern Gestalt von Profit, Zins, Rente usw. er sich später kristallisiert, ist seiner Substanz nach Material unbezahlter Arbeitszeit. Das Geheimnis von der Selbstverwertung des Kapitals löst sich auf in seine Verfügung über ein bestimmtes Quantum unbezahlter fremder Arbeit.*“ (Karl Marx: *Das Kapital. Erster Band. Berlin-Ost 1969, S. 556*)

Marx' Erklärung der kapitalistischen Produktionsweise wird erläutert auf der Diskussionsveranstaltung

**Mittwoch, 10. November 2004, 20.00 Uhr c.t.
 im Gebäude des Sprecherrats, Turnstraße 7 (1.OG), Erlangen**

auch übereinander herfallen und sich wechselseitig Versagertum resp. populistische Berechnung vorwerfen. Denn damit empfehlen sie sich als ganz besonders Vertrauen einflößende Führungsmannschaft und graben denen das Wasser ab, die *bloß* Misstrauen in die herrschende politische Klasse schüren wollen. So bekommt der Protest die Chance, in das ruhige Fahrwasser einer konstruktiven Wahlscheidung einzumünden.

Bei einer derart bedeutungsvollen Vertrauenswerbung heißt es freilich *glaubwürdig* bleiben, auch und gerade dann, wenn niemand sich etwas über die wahltechnischen Berechnungen der approbierten echt demokratischen Wahlkämpfer vormacht. Denn genau das wird in der Demokratie von einem mündigen Wahlvolk, dankenswerterweise unter kundiger Anleitung durch einen in dem Punkt unbestechlichen Journalismus, äußerst kritisch überprüft: *wie gut* den legitimen Machthabern, die kein „Süppchen kochen“, sondern ehrenhaft um Wahlstimmen kämpfen, ihre Taktik gelingt – was ist in einer lebendigen Demokratie schon der Verweis auf ein paar Millionen arme Leute neben der viel spannenderen Frage: *Wer* geht mit diesem Verweis in die Öffentlichkeit und *warum*, welche *Wahl- oder Parteitaktik* verfolgt er damit, hat er damit *Erfolg*? Wenn z.B. der sächsische Ministerpräsident Milbradt kolportieren lässt, dass er durchaus mit dem Gedanken spielt, an der Spitze der Montagsdemos mitzulaufen: Macht er dann eher Punkte in Sachen Glaubwürdigkeit in seiner Rolle als ostdeutscher Landeschef, der sich wegen der absehbaren Folgen von Hartz IV um das Wohl seiner Landeskinder sorgt? Oder entlarvt er sich eher als skrupel- und verantwortungsloser Taktierer, der zuerst im Bundesrat sämtlichen Gesetzen zustimmt, ja sogar noch härtere Einschnitte durchsetzen wollte, um dann hinterher, sobald er um seine absolute Mehrheit bei den anstehenden Landtagswahlen bangen muss, seine Hände in Unschuld zu waschen und die ganze Schuld der SPD zuzuschieben? Oder der Fall Lafontaine: Ist der Mann ein ernst zu nehmender Hoffnungsträger für eine neue Linkspartei, wenn er dem Kanzler die Ruinierung der SPD durch gebrochene Wahlversprechen vorwirft, oder ist er eher ein Egozentriker, dem es immer nur um persönliche Rache an seinem Erzfeind Schröder geht, und insofern ein Werbeargument für Münteferings brave SPD? An solchen Fragen entscheiden sich in einer gediegenen Demokratie Wahlen – und welcher Wähler könnte die schon beantworten ohne eine verantwortungsbewusste Öffentlichkeit, die ihm solche Fragen vorlegt und die Tendenz für ihre Beantwortung vorgibt?

So wird aus Hartz IV am Ende eine rundherum demokratische Affäre: Die Machthaber, die amtierenden wie die alternativen, werden einem Test auf ihre wichtigste *Herrschaftstugend* unterzogen. Die Entscheidungsfrage lautet: Schaffen sie es – wie auch immer –, *bei* der Schädigung ihres Volkes *für sich Stimmung* zu machen? Wenn ja – wenn sie es also hinkriegen, ihrem politischen Gegner den „schwarzen Peter“ zuzuspielen und selber das letzte Wort zu behalten –, dann haben sie damit bewiesen, dass es *ihnen zusteht*, ihr Gemeinwe-

sen zu regieren und dessen Insassen ärmer zu machen; ihre Maßnahmen gehen damit auch gleich in Ordnung. Versagen sie vor dieser Aufgabe, dann – dann zieht die Demokratie nicht die ungeliebten Reformen, sondern über kurz oder lang die Mannschaft aus dem Verkehr, die es nicht geschafft hat, selbige zu „verkaufen“. Also muss die Regierung den rechten Weg finden, sowohl den Anwurf zurückzuweisen, sie wäre zu stur, als auch den Verdacht zu entkräften, sie wäre zu nachgiebig und wüsste gar nicht, was sie eigentlich will.² Die Opposition dagegen muss nicht mehr und nicht weniger als einen glaubwürdigen Ausgleich hinkriegen zwischen ihrer Regierungsschelte und der praktischen Befürwortung aller Maßnahmen, die die Regierung beschließt. So streiten die herrschenden Demokraten untereinander aus, wer sich als die Figur in Szene zu setzen vermag, von der die wahlberechtigten Massen sich die Neusortierung ihrer Armutsverhältnisse lieber gefallen lassen – und die Sache geht unangefochten ihren Gang.

Den krönenden Abschluss dieser Festlichkeit demokratischer Kritik bildet dann der auf das Ganze noch oben drauf gesetzte Vorwurf, den demokratische Wahlkämpfer gegeneinander zu erheben pflegen: Ganz und gar unerträglich sei es, wie hier auf dem Rücken der Arbeitslosen parteitaktische Manöver ausgefochten werden. *Das* haben die Arbeitslosen nämlich nicht verdient. Was sie stattdessen verdient haben, ist: umfassende Information und eine klare, offene Sprache der Politik, die den notwendigen Systemwechsel in der Sozialpolitik nicht beschönigt; da sind sich alle maßgeblichen Parteien im Prinzip einig. Denn nichts braucht der künftige Sozialfall dringender, als dass ihm klipp und klar gesagt wird, dass die Politik ihm keine andere Chance lässt als eben genau die Verelendungskarriere, vor der ihm graut.

1) Dass die Milbradts und Platzacks damit Recht haben, macht die Sache nur schlimmer. Mehr dazu im Artikel „Der Protest der Osis und seine öffentliche Erledigung: ‚Montags-Demos‘ – Volksherrschaft in Gefahr!“, GEGENSTANDPUNKT 3-04, S.131 ff.

2) Wie schwierig das ist, geht z.B. aus einem wohlmeinenden Bericht – siehe FR, 19.8. – über die Stimmungslage des Kanzlers bei einem Auftritt vor der Bundespressekonferenz hervor. Dieselben Journalisten, die von Schröder jahrelang geistige Wegweisung fürs Volk verlangt und ihm vorgeworfen haben, er würde seine Regierungstätigkeit kurzatmig und opportunistisch an dem herrschenden Meinungsbild der Massenpresse ausrichten, statt eine klare Linie zu halten, notieren nun halb sorgen-, halb vorwurfsvoll, dem „Medienkanzler“ drohe sein feines Gespür für die Stimmung im Land und damit seine wichtigste Qualifikation fürs Kanzleramt abhanden zu kommen. Das differenzierte Urteilsvermögen, das der Berichtstatter hier an den Tag legt, macht zugleich deutlich, wo die ganze Schwierigkeit liegt: Ob Populismus oder Linientreue und welche Mischung aus beidem das richtige Rezept ist, um Zumutungen durchzusetzen und trotzdem das freie Wählervolk hinter sich zu scharen, entscheidet der Erfolg. Was auch sonst!

Nachdruck aus GEGENSTANDPUNKT 3-04

Im Buchhandel erhältlich:
 Ex Libris, Bismarckstr.9, 91054 Erlangen / Bahnhofsbuchhandlung Schmidt&Hahn, Bahnhofspl.8, 90456 Nürnberg / Die Bücherkiste, Schlehengasse 12, 90402 Nürnberg / Hugendubel, Ludwigspl.1 90403 Nürnberg / Rüssel, Frankenzentrum, Glo-gauer Str. 38, 90473 Nürnberg
 Bestellungen beim GegenStandpunkt-Verlag, Türkenstr. 57, 80799 München;
 Tel.: 089/272 16 04, Fax: 089/272 16 05
 Email: gegenstandspunkt@t-online.de